



DER

TRAFO

Betriebszeitung
des VEB
Transformatorwerk
„KARL LIEBKNECHT“

Ausgabe: Nr. 47
24. November 1989
0,05 Mark
41. Jahrgang

Ökonomie geht alle an

Die Ergebnisse per Oktober in der Nettoproduktion und im Nettogewinn mit einer Realisierung von 102 Prozent bzw. 173,4 Prozent sind eine gute Leistung. Damit wurde eine wesentliche Grundlage für die zusätzliche Fondsbildung, insbesondere für den Prämienfonds, geschaffen. In den letzten Wochen dieses Jahres kommt es jetzt darauf an, diese Ergebnisse durch konsequente Kostenarbeit zu sichern – auch unter zum Teil ungünstigen Bedingungen, wie sie durch unsere Material- und Qualitätsprobleme hervorgerufen werden.

Per 10/89 hatte die Senkung des Kostensatzes um 2,25 Prozent einen wesentlichen Einfluß auf die Planerfüllung der Effektivitätskennziffer Nettogewinn.

Sie wäre noch besser ausgefallen, wenn es uns gelungen wäre, außerplanmäßige Verluste durch Überschreitung der Ausschuß-, Nacharbeits- und Garantiekosten zu verhindern. Im Klartext:

Die Verpflichtung, beschlossen von der VVV, die ANG-Kosten um 1,8 Millionen Mark gegenüber dem Vorjahr zu senken, wurde nur zu einem Fünftel realisiert. Die Limite per Oktober wurden weit überschritten, vor allem bei T um 27 Prozent (Hauptursache: Garantieleistungen), bei S und M und das 1 1/2-fache (Hauptursachen: Nacharbeit, Garantieleistungen und Ausschuß durch technologisch bedingte Ausbeuteverluste) und bei N um das 5fache (Hauptursache: qualitätsbedingte Erlöschmälerungen).

In ANG-Kostenrapporten, die in Zusammenarbeit zwischen O, Q und B mit den Betriebsteilnehmern und Fachdirektoren durchgeführt werden, stehen die anfallenden Kosten auf der Tagesordnung, werden kritisch bewertet und Maßnahmen zur Senkung festgelegt. Es ist aber leider auch so, daß beschlossene Maßnahmen nicht immer konsequent durchgesetzt werden. Dadurch entstehen ökonomische Verluste, weil mögliche Kostensenkungen verschenkt werden bzw. verspätet eintreten. Ein positives Ergebnis gemeinsamer Anstrengungen, das jedoch erst 1990 voll wirksam wird und Langzeitcharakter hat, ist, daß die Preisabschläge bei Druckluftleistungsschaltern DCI 21 und Streckenschaltern aufgrund er-

folgreich abgeschlossener Lebensdauer- und Zuverlässigkeitsprüfungen von 10 Prozent bzw. 5 Prozent auf 5 Prozent bzw. 2 Prozent reduziert wurden und damit die qualitätsbedingten Erlöschmälerungen abgebaut werden. Fazit ist aber, daß insgesamt die Arbeit der Kollektive trotz aller Bemühungen nicht das ökonomische Ergebnis gebracht hat, das wir brauchen, um den höheren Anforderungen des nächsten Jahres gerecht zu werden. Mehr bewußte Disziplin an jedem Arbeitsplatz ist dazu nötig. Im Beitrag „Eigenerwirtschaftung der Mittel – was heißt das für unseren Betrieb“, TRAFO Nr. 45/89, wird die Bedeutung der Kosten für die Gewinnerwirtschaftung ausführlich dargelegt.

In der gleichen TRAFO-Ausgabe unter der Überschrift „Volkswirtschaftliche Verluste“ ist zu lesen, wie durch unsachgemäßen Umgang mit Porzellanen ein Schaden von 70 000 Mark entstanden ist. Das ist ein Betrag, der fast genauso hoch ist, wie die gesamten Kosten für innerbetriebliche Transportschäden in den letzten drei Jahren. Sicher war das zu vermeiden.

Ich meine, wir alle dürfen uns nicht erst um die Kosten kümmern, wenn es brennt.

Elfriede Kohn
Mitarb. ANG-Kostenrapport



Als Bestarbeiter der Betriebe und Direktorate im Monat Oktober wurden folgende Kolleginnen und Kollegen ausgezeichnet:

Werner Schütze, A
Irene Kühn, K
Manfred Pabst, N
Bernd Bach, T
Rainer Kortzenbeutel, G
Klaus Gatzmann, V
Wilhelm Gebhardt, S.

Allen Bestarbeitern unseren herzlichsten Glückwunsch zur Ehrung!

Mit dem Ziel: einen spürbaren Leistungsanstieg zu erreichen

Arbeiter der Großtrafofertigung bildeten Arbeitsgruppe

Wir erinnern uns: Im Oktober wandte sich das Kollektiv der Großtrafoendmontage mit einem offenen Brief auch an unser gesamtes Betriebskollektiv. Neben vielen Fragen, die damals wie heute uns alle bewegen, und die die Kollegen in ihrem Brief kritisch stellten, brachten sie vor allem aber ihren Willen zum Ausdruck, durch täglich gute Arbeit zur Veränderung der Lage beizutragen. Das unterstrichen sie auch noch einmal in einem Gespräch mit Betriebsdirektor Kurt Röske und Parteisekretär Gerhard Korb. Offen nannten sie die Dinge, die die Arbeit hemmen, die sie unzufrieden machen, kritisierten u. a., daß sie als Arbeiter zu wenig in Entscheidungsvorbereitungen einbezogen, ihre Meinung nicht genügend beachtet, sie über Vorgänge im Bereich und Betrieb ungenügend informiert werden.

Nunmehr ergriffen sie mit anderen Kollegen aus der Großtrafofertigung die Initiative, bildeten am 9. November eine Arbeitsgruppe „Umgestaltung des TF-Bereiches“ mit dem Ziel, die Leistung in der

Großtrafofertigung zu erhöhen, die Arbeit zu verbessern, kontinuierlicher zu gestalten. Dazu erarbeiteten sie folgendes Grundsatzprogramm, das zur Diskussion steht:

1. Ziel der Arbeitsgruppe ist es, einen spürbaren Leistungsanstieg in allen Bereichen zu erreichen.
2. Wir fordern eine Überprüfung der Leitungsstruktur des gesamten T-Bereiches und eine Neufestlegung aller Leitungsebenen mit konkreten Funktionsplänen.
3. Alle Ungerechtigkeiten in Lohnfragen zwischen den Brigaden müssen sofort angegangen werden. Die Lohnstruktur ist zu überprüfen sowie die derzeitige Lohnanalyse durch TÖ öffentlich darzulegen.
4. Der Plan 1990 ist offen zu diskutieren und eine Perspektive des VEB TRO bis in das Jahr 2000 zu erarbeiten.
5. Wir fordern eine sofortige Bereitstellung von Finanzmitteln zur Beschaffung von dringend benötigten Hilfs- und Arbeitsmitteln.
6. Die Arbeits- und Lebensbedingungen, inclusive des Produktionsumfeldes, sowie Fra-

gen des Arbeitsschutzes müssen sofort verbessert werden.

7. Die konstruktive und technologische Betreuung der einzelnen Brigaden ist zu überarbeiten und zu verbessern.

Fragen, wie Produktionsvorbereitung, Lagertätigkeit, Wartung der Arbeits- und Hilfsmittel, müssen sofort geklärt werden.

Zu allen Punkten werden wir uns mit der Werkleitung (Genossen Röske) zusammensetzen und erwarten eine konstruktive Zusammenarbeit. Unsere Arbeitsgruppe basiert auf der Grundlage des FDGB und umfaßt folgende Mitarbeiter: Kollege Haubner, TFM 3, Kollege Roloff, TFM 3, Genosse Hillen, TFM 3, Kollege Karp, TFM 2, Kollege Henning, TFM 2, Kollege Lehmann, TFM 1, Genosse Loose, TFO, Kollege Lange, TFA 3, Kollege Paschke, TFA 3, Kollege Albrecht, TFM und Genosse Stoll, AGL-Vorsitzender.

Wir fordern alle Kollegen auf, sich mit konstruktiven Lösungsvorschlägen an unserer Arbeit zu beteiligen, wobei alle Kritiken, Hinweise und Neuerungen mit berücksichtigt werden sollten.

Ein Vorschlag zur Diskussion

Im „TRAFO“ Nr. 45 vom 10. November 1989 hat mich folgendes beeindruckt: Jörg Liebs (WTA) schrieb, er verlange, „daß Verantwortliche verantwortlich gemacht werden“ und daß „Leistungen und Fehler... sich noch differenzierter in der Lohntüte bemerkbar machen.“ Richard Anemüller berichtet, die Suche nach den Hauptverantwortlichen für volkswirtschaftlichen Schaden in Millionenhöhe sei einerseits im Sande verlaufen. Andererseits haben wir es zu einer gewissen Perfektion gebracht, den „Schwarzen Peter“ anderen zuzuschieben.

Hier setzt folgender Vorschlag an, den ich zur Diskussion unterbreite: Jede Struktureinheit im Werk hat bestimmte Aufgaben zu erfüllen. Die Finalabteilungen werden am Ausstoß von absetzbaren Produkten gemessen. Alle

anderen bringen „nur“ Leistungen für den innerbetrieblichen Ablauf. Diese Leistungen können am besten von den innerbetrieblichen Leistungsempfängern beurteilt werden. Es wird vorgeschlagen, daß letztere bei Unzufriedenheit ein Reklamationsrecht an den übergeordneten Leiter der leistenden Abteilung bekommen. Dieser hat bei berechtigter Reklamation das LAG des Abteilungsleiters derjenigen Abteilung zu kürzen, die ihre Aufgaben nicht erfüllt hat. Ihm ist nur die Entscheidung über die Höhe der LAG-Kürzung überlassen. Die Entscheidung über die Zurückweisung einer Reklamation darf nur der nächste untergeordnete Leiter treffen. Auf diese Weise könnten wir mit geringem Aufwand die Verantwortlichkeit spürbar erhöhen.

Reinhard Braune, TEL



DSF-Ehrendnadel in Silber

Für seine langjährige aktive Arbeit in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft wurde kürzlich Martin Dehl aus dem O-Bereich mit der Ehrendnadel der Freundschaftsgesellschaft in Silber ausgezeichnet. Herzlichen Glückwunsch!

Soziale Gerechtigkeit oder Maßlosigkeit?

Gedanken zur Subventionspolitik (Teil 2)

In der „Kritik des Gothaer Programms“ arbeitete Marx heraus, daß es im Sozialismus zwei Grundformen der Verteilung geben müsse: Die Verteilung aus gesellschaftlichen Fonds und die Verteilung nach der Arbeitsleistung. Wichtig ist hier vor allem, daß sich diese beiden Formen nicht gegenseitig behindern, sondern – wie es unerläßlich ist – sich gegenseitig ergänzen. Subventionspolitik als ein Moment der Verteilung aus gesellschaftlichen Fonds kann daher nicht losgelöst von der Wirksamkeit des Leistungsprinzips diskutiert werden; sie darf das Leistungsprinzip nicht unterlaufen, abschwächen, sondern muß im Gegenteil den sozialökonomischen Boden für eine strikte Umsetzung des Leistungsprinzips darstellen. Dies ist gegenwärtig nicht mehr der Fall: Während sich seit 1970 die Subventionen versechsfachten, verdoppelten sich nur die Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung, so daß ein immer größerer verbrauchswirksamer Geldanteil absolut unabhängig von persönlicher Arbeitsleistung realisiert wird: Betrogen die Subventionen 1970 noch rund 10 Prozent der Nettogeldeinnahmen, so betrogen sie 1988 bereits mehr als 30 Prozent. Damit trat für einen wachsenden Personenkreis eine deutliche Entkopplung von Arbeitsleistung und realen Lebensbedingungen ein. Zugleich wuchs, bedingt durch steigende Nettogeldeinnahmen einerseits und in etwa gleichbleibendem Verbrauch subventionierter Produkte und Leistungen andererseits die Nachfrage nach darüber hinausgehenden Produkten und Leistungen (z. B. technische Konsumgüter, Reiseleistungen), die nicht ausreichend materiell abgesichert

werden konnten. Wenn z. B. die Höhe der Mieten stabil gehalten wird, die Nettogeldeinnahmen aber wachsen, so wird ein immer geringerer Anteil der Geldeinnahmen der Bevölkerung für die Zahlung der Mieten die Folge sein und folglich ein ständig größerer Anteil nach anderen Produkten und Leistungen nachfragewirksam werden. Erforderlich ist daher eine intensive Verständigung über nötige Änderungen in unserer Subventionspolitik, um ihre sozialen Vorteile zu reproduzieren und ihre sozialen und ökonomischen Nachteile allmählich aufzuheben. Dazu gehören solche Fragen wie:

– Was gehört eigentlich heute und in absehbarer Zukunft zum Grundbedarf an Erzeugnissen, Tarifen und Leistungen und sollte daher auch weiterhin im Preis unterstützt werden? Wie könnte eine Einsparung von Subventionsmitteln oder zumindest das weitere Wachstum des Subventionsfonds so begrenzt werden bei gleichzeitiger anteilmäßiger Verringerung produktionsgebundenen Abgaben und folglich Verbilligung anderer Produkte, daß die Kaufkraft unseres Geldes erhalten bleibt und keine sozialen Härten für die Bevölkerungsgruppen mit niedrigen oder mittleren Einkommen entstehen?

– Sollten Subventionen einheitlich und undifferenziert wirksam werden, oder sollten sie gezielter den sozial schwächeren Gruppen unserer Gesellschaft zugute kommen? Sollte dort, wo es sinnvoll ist, die jetzige produktionsbezogene Subvention durch eine mehr personengebundene Subvention ersetzt oder ergänzt werden (z. B. Kinderbekleidung oder Familien mit Kindern stär-

ker unterstützen)?

– Sollten in Bereichen, in denen es machbar wäre und sinnvoll ist, wie beim Wasser- oder Energieverbrauch oder bei der Wohnraumbelastung, gesellschaftliche Normative vereinbart und durchgesetzt werden, durch die auf der einen Seite gesichert wird, daß jeder, der sich innerhalb dieser Normative bewegt, keinerlei finanzielle Nachteile erhält und damit an Sparsamkeit im Umgang mit Fonds materiell interessiert wird? Auf der anderen Seite müßten dann die Ansprüche an subventionierten Leistungen erlöschen, wenn diese Normative zu Lasten der Gesellschaft überschritten werden, sollte dann für den einzelnen der Übergang zu kostendeckenden Preisen erfolgen, so daß die überdurchschnittliche Inanspruchnahme von gesellschaftlichen Ressourcen nicht weiter von der Allgemeinheit finanziert werden muß?

– Sind wir den Subventionen hilflos ausgeliefert? Welche Möglichkeiten bestehen, durch eine höhere Kontinuität der Produktion, durch höhere Arbeitsdisziplin, eine dem gesunden Menschen zumutbare Arbeitsintensität, durch mehr technologische Disziplin die Kosten der Produktion zu reduzieren und so Subventionen „überflüssiger“ zu machen?

Bei aller Notwendigkeit, sehr intensiv über gerechtere Formen der Verteilung unseres geschaffenen Reichtums zu beraten, darf nicht außer acht gelassen werden, daß stets vor der Verteilung die Produktion steht und bereits hier über die Menge, Bedarfsgerechtigkeit, Qualität und Kosten wichtige Vorentscheidungen über die nachfolgende Verteilung fallen.

Prof. Dr. Gerd-Rainer Radtke

Geantwortet

... auf TRAFO Nr. 44, S. 1+4 „Überzogen oder unterboten, da fragt doch keiner nach!“:

1. Ich stimme vollumfänglich mit der Meinung des Kollektivs der Versuchswerkstatt überein, daß die Unterschreitung der geplanten Kosten des Kollektivs stimuliert werden sollte.

Folgende Möglichkeiten sehe ich dazu:

a) Jedem Direktor stehen zur Anerkennung der Leistungen der Werk-

tätigen während des Jahres Prämienmittel zur Verfügung, die in Abstimmung mit der AGL eigenständig verwendet werden können. Ein Teil dieser Mittel sollte für die Stimulierung zur Senkung der Kosten verwendet werden.

b) Die Höhe der Jahresendprämie der Kollektive sollte ebenfalls in Abhängigkeit vom Beitrag zur Senkung der Kosten zwischen den Kollektiven differenziert festgelegt werden.

Ich schlage vor, eine solche Festlegung in den BKV 1990 aufzunehmen.

2. Zur Planung und Inanspruchnahme der Ausfallzeiten.

Die Ausfallzeiten durch ärztlich bescheinigte Arbeitsunfähigkeit sind die Hauptposition der Ausfallzeiten insgesamt im VEB TRO, sie werden in vielen Kollektiven durch Langzeiterkrankte verursacht. Durch die Kollegen darauf Einfluß zu nehmen, ist sicherlich schwer oder gar nicht möglich, was bei der Bewertung der Wettbewerbsergebnisse natürlich zu berücksichtigen ist. Trotzdem bleiben die Ausfallzeiten, die geplant und abgerechnet werden müssen.

Anemüller
Direktor für Ökonomie

Reaktion

... auf „TRAFO“ Nr. 45/89, Seite 3, „Ein Vorschlag zum Lohnsteuersystem“:

Der obige Artikel hat mich empört, veranschaulicht er mir doch, daß ich 35 Jahre lang ungerechtfertigterweise benachteiligt wurde.

Diese Steuerpolitik ist aber nur eine Seite der Ungerechtigkeiten. Die Lohn- und Gehaltsentwicklungen der letzten 30 Jahre sind eine weitere Seite der Benachteiligungen. Hierzu siehe meine Schreiben vom 19. 12. 78, 21. 1. 79, 26. 1. 79, 29. 8. 79 und 21. 5. 81 an den BGL-Vorsitzenden des VEB TRO, die nie befriedigend beantwortet wurden.

Ich erwarte eine Stellungnahme der BGL zur Beseitigung dieser Benachteiligungen.
Ristau, TEK

Noch einmal zum Eingangskontrollsystem

In unserer Ausgabe 45/89 veröffentlichten wir einen Artikel über das Eingangskontrollsystem, das im TRO installiert werden soll. Der von uns aufgeführte Termin der Inbetriebnahme, der 2. Januar, ist falsch. Dem entgegen stehen mehrere objektive und subjektive Faktoren. Die Zuarbeiten aus V für den Ratiomittelbau, der das Drehkreuz bauen wird, kommen nicht rechtzeitig. So ist abzusehen, daß sich der Abschluß der 1. Baustufe – geplant für den 20. Dezember –, der die Installierung des Blechgehäuses, des Rechners mit dem Terminals vorsieht, verschiebt.

Doch erste Hindernisse wurden bereits früh errichtet. ERR wies auf die Möglichkeit des Baus eines Kabelkanals im neuen Eingangsgebäude während der Bauphase hin. Doch in der Hast, den Einweihungstermin zu halten, wurde ein solcher Kabelschacht nicht gelegt. Jetzt muß alles wieder aufgerissen werden.

Dieses Objekt ist ein Paradebeispiel dafür, wie aus einer falschen Einschätzung des Arbeitsumfanges Terminverschiebungen und Unstimmigkeiten bei den Kooperationspartnern entstehen können.

Ein Brief zum Thema Ferienreisen ...

... an die zentrale Revisionskommission des FDGB

Werte Kollegen!
Die Ereignisse, Erkenntnisse und Offenlegungen dieser Tage werfen viele Fragen auf, die selbst langjährige Funktionäre äußerst erregen!

Wir wenden uns an Euch mit der Bitte, uns folgende Fragen zu beantworten:

Frage 1: In der Argumentation zur Verteilung der gewerkschaftlichen Erholungsreisen für das Jahr 1990 wird auf Seite 3 erklärt: „Durch den Bundesvorstand des FDGB anteilig nach den verschiedenen Reisezielen, den Erholungsgebieten, der Qualität (Kategorien) und den Zimmerstrukturen verteilt.“

Wie werden dabei die Gästehäuser des FDGB in Warnemünde und Schmöckwitz sowie weitere bisher den Mitgliedern vorenthaltenen Ferienplätze einbezogen?

Frage 2: Um wie viele Ferienreisen (übliche Zählung 1 Bett und 1 Durchgang = 1 Ferienreise) handelt es sich insgesamt bei den bisher den Mitgliedern vorenthaltenen Reisen?

Frage 3: Warum hat die ZRK des FDGB die jetzt bekanntwerdenden Mißstände nicht aufgedeckt und ihre Beseitigung nicht schonungslos gefordert?

Frage 4: Oder hat die ZRK des FDGB geprüft, aufgedeckt, gefordert und wurde nicht beachtet? In diesem Falle bitten wir um die Veröffentlichung der entsprechenden Prüfungsberichte der ZRK.

In diesem Zusammenhang möchten wir Euch daran erinnern, daß wir bei unserer BGL

jährlich Prüfungen zum Thema Feriendienst durchführen und auch alle von Euch vorgesehenen thematischen Prüfungen zum gleichen Thema realisiert haben. Wir haben durchgesetzt, daß unsere Betriebsgewerkschaftsleitung die volle Verantwortung für die Verteilung der Ferienreisen auch in betriebseigenen Heimen übernommen hat.

Uns gelang es vor Jahren, die Vergabe von Ferienreisen durch den Werkdirektor bzw. in einem späteren Fall durch den Bereich des Technischen Direktors abzuschaffen, indem wir die BGL im ehrlichen und hartnäckigen Meinungsstreit von der Richtigkeit dieser Forderung überzeugten.

Frage 5: Was hat die ZRK des FDGB unternommen bzw. was gedenkt sie zu unternehmen, um weitere Mißstände, Eigenmächtigkeiten und die Herausnahme unzumutbarer Privilegien durch leitende Gewerkschaftsfunktionäre aufzudecken und zu beseitigen? In diesem Zusammenhang verweisen wir darauf, daß allein der Artikel auf Seite 4 der Berliner Zeitung vom 1. 11. 89 über den Bau eines Hauses für den Vorsitzenden des Zentralvorstandes der IG Metall in den Kollektiven unseres Betriebes große Empörung und Abscheu hervorgerufen hat!

Wir erwarten Eure baldige klare Antwort und Stellungnahme.

Mit gewerkschaftlichem Gruß

R. Glaß

Vorsitzender der RK der BGO

Was, wann
wo und wie –
stets informiert
die

Betriebsakademie
der Volkshochschule Köpenick

29. November bis 5. Dezember 1989, täglich von 7 bis 16.15 „Lehrgang für Systemverantwortliche“
Nr.: SYS 11/89 in der Volkshochschule Köpenick

11. bis 15. Dezember 1989, täglich von 7 bis 16.15 Uhr „Lehrgang MS-DOS/DCP“ Nr.: 12/89 in

Achtung! Diese beiden Lehrgänge sind bereits ausgebucht! 6. Dezember 1989, 8 bis 16 Uhr „Tag der Brigadiere“ im TRO-Klubhaus

13. Dezember 1989, 8 bis 16 Uhr „Tag des Meisters“ im TRO-Klubhaus

E. Jussios
Direktor

Kontrovers diskutiert und gemeinsamen Nenner gefunden

Delegiertenkonferenz bestätigte Parteisekretäre in Funktion

Sicher ging es vielen Genossen unserer Grundorganisation wie mir: Ich verließ das TRO-Klubhaus mit gemischten Gefühlen. Wichtige Entscheidungen für das Wirken unserer Genossen sind getroffen worden, um jede einzelne wurde hartnäckig gerungen. Diese Delegiertenkonferenz zeigte, es fällt auch, oder gerade den Genossen schwer, in dieser komplizierten Zeit einen gemeinsamen Nenner zu finden. Leichter wird uns das auch nicht in absehbarer Zukunft fallen, denn es ist zu vermuten, die am Sonnabend angedeutete Polarisierung der Auffassungen nimmt zu.

Angesichts der notwendigen anstehenden Entscheidungen konstituierte sich zu Beginn der Beratung die einberufene Aktivtagung mit Stimmenmehrheit zur Delegiertenkonferenz.

Zunächst ging es um die Aufstellung der Kandidaten für die Kreisdelegiertenkonferenz. Allein dieser früher von Einstimmigkeit und vorheriger Abstimmung gezeichnete Akt zeigte, diesmal ist eine in Konventionen und Verlauf ungewohnte Delegiertenkonferenz zu erwarten. Insgesamt 16 Delegierte kann unsere Grundorganisation zur Kreisdelegiertenkonferenz entsenden, 24 Kandidaten wurden demokratisch vorgeschlagen. Also mußte sich jeder für seine 16 Kandidaten entscheiden.

In ihrem Bericht befaßte sich die BPO-Leitung mit der gegenwärtigen Situation unserer Partei. Sie verdeutlichte, wie schwer es sein wird, wieder Vertrauen zu erringen. Jeder Genosse entscheidet durch vorbildliche Arbeit an seinem Platz darüber. Nur so, und nicht durch eine Festschreibung in der Verfassung kann eine führende Rolle errungen werden. Als wichtige Aufgabe nannte der Be-

richt die Zusammenarbeit mit allen Bürgern, Parteien, Gruppen, Vereinen und Initiativen auf Grundlage einer neu zu erarbeitenden Verfassung.

Gleiches gilt auch für die Beziehungen zur Betriebsgruppe des Neuen Forums und zu Werktätigen, die sich der SDP anschließen wollen. Für die Lösung der Aufgaben ist und bleibt die Einheit und Geschlossenheit der Partei eine entscheidende Grundlage. Der Parteisekretär betonte, wie wichtig die Verhinderung der Spaltung unserer Partei ist.

Als kompliziert schätzte er die Situation im Betrieb ein. Trotz angestrebter Arbeit wird aufgrund vieler Ursachen der Plan nicht erfüllt. Aber Signale von öffentlicher Unduldsamkeit, geäußerte Hoffnungen, Ideen und Mut, konstruktive Vorschläge vor allem von Arbeitern, besonders aus dem Trafobau, zum Mitmachen bei notwendigen Änderungen sind ein guter Anfang.

65 Genossen unserer Grundorganisation, davon 39 Arbeiter, sahen sich nicht mehr dem Druck gegen die Partei auch im eigenen Kollektiv gewachsen oder sind mit der Politik nicht einverstanden und erklärten ihren Austritt aus der SED. Die BPO-Leitung appellierte an alle Genossen, trotz widersprüchlicher Tendenzen und Denkrichtungen keine übereilten Entscheidungen zu treffen. Gut überlegen, immer wieder abwägen ist jetzt wichtig, gerade angesichts des großen Vertrauensverlustes der Partei.

Auf viele Fragen müssen wir Genossen gemeinsam eine Antwort finden. Vier nannte der Parteisekretär: Was ergibt sich aus der kategorischen Trennung von Parteiarbeit und staatlicher Leitung? Wie müssen sich die Beziehungen zu den völlig selb-

ständigen gesellschaftlichen Organisationen gestalten, besonders zum FDGB und zur FDJ? Wie muß die Parteistruktur aussehen, damit wirklich Parteiarbeit nach der Arbeitszeit geleistet werden kann und wird und doch jeder Genosse an seinem Arbeitsplatz wirksam werden kann? Und wie sichern wir damit ein niveauvolles innerparteiliches Leben, um alle Genossen immer für ihre Arbeit zu befähigen?

Zum Abschluß des Berichtes der Parteileitung wurden drei wesentliche Aufgaben formuliert:

1. Unser Aktionsprogramm gründlich studieren und sich den Inhalt wirklich aneignen. In der schwersten aller Zeiten für die Partei, aus einer tiefen Krise heraus, mit einer neuen Politik geht es nicht voran, wenn wir nicht den ganzen Wesensinhalt erfassen und ihn uns selbst zum geistigen Eigentum machen.

2. Es geht um das Gespräch mit allen Werktätigen und allen gesellschaftlichen Kräften, um die Erneuerungspolitik der SED zu erklären und um unsere Spaltung zu verhindern. Alles muß gerichtet sein auf die tägliche praktische Arbeit.

3. Wir müssen unseren eigenen Beschluß zur Grundlage des Handelns aller Genossen machen, ihn den Werktätigen erläutern und sie für die Politik unserer Parteiorganisation gewinnen.

Nach dem Bericht nahm eine eigens dafür gebildete Kommission Stellung zu den Vorwürfen des Genossen Ulrich Wegener gegen Gerhard Korb, Peter Scholz und Regina Seifert. Es ging um seinen auf der Delegiertenversammlung am 6. November gehaltenen Diskussionsbeitrag. Genosse Loose informierte im Namen der Kommission, daß alle Vorwürfe gründlich geprüft und mit allen dazu in Beziehung stehenden TROjanern gesprochen wurde. Die Anschuldigungen des Genossen Wegener erwiesen sich als haltlos.

Nach den Berichten begann eine trotz kontroverser Meinungen sachliche Diskussion, in der es 30 Wortmeldungen gab.

Sehr unterschiedliche Standpunkte wurden zur Formulierung Partei der Arbeiterklasse vertreten. Diese einseitige Benennung stimme nicht mehr, wir seien die Partei aller Werktätigen, aller Bürger, die sich zur marxistisch-leninistischen Weltanschauung bekennen, sagten die einen. Andere Genossen wiesen darauf hin, daß sie als Arbeiter begannen, sich später fachlich und politisch qualifizierten und sich trotz anderer Aufgaben noch immer der Arbeiterklasse zugehörig fühlen.

Verschiedene Auffassungen wurden auch zum Wirkungsbe- reich der Partei geäußert. Niemand stellte den Platz im Betrieb in Frage. Die Meinungen teilten sich, ob die Parteiarbeit eine dreiviertel Stunde vor Arbeitsbeginn und damit zeitlich begrenzt

oder grundsätzlich nach Feierabend geleistet werden soll.

Es gab die berechtigte Forderung, Privilegien freiwillig aufzugeben, so daß nicht erst Journalisten Heimlichkeiten aufdecken. Lieber jetzt eine Lawine, die wir gemeinsam überstehen, als tröpfchenweise Gift, das neues Vertrauen verhindert.

Weitere Vorschläge betrafen die Neugestaltung des Parteibeitrages, die Zuordnung der APO 7 zum Stadtbezirk Pankow und den Verbleib der Kampfgruppen im Betrieb bei gleichzeitiger Änderung des Ausbildungsprofils.

Gefordert wurde die Offenlegung des Parteiapparates, um ihn verantwortungsbewußt abzubauen zu können.

Bei allen unterschiedlichen Meinungen, kein Genosse verteidigte den in § 1 der Verfas-

Anschließend wurde die Delegiertenkonferenz für zehn Minuten unterbrochen, damit sich alle APO einen Standpunkt bilden konnten.

Nach der Pause sprachen sich sechs APO für die Vertrauensfrage aus, drei Stimmen dagegen und eine erklärte, dafür nicht von den Parteigruppen autorisiert zu sein.

Dann erfolgte die geheime Wahl der Delegierten zur Kreisdelegiertenkonferenz und die Abstimmung zum Mißtrauensantrag. Kaum ein Genosse nutzte eine der beiden Wahlkabinen, die direkt auf der Strecke von Stimmzettelvergabe bis zu den Wahlurnen standen. Mancher überlegte minutenlang, wer nun seine 16 Kandidaten sind, ob die Genossen Korb und Scholz das Vertrauen verdienen. Dicht um-



Die öffentliche Auszählung fand großes Interesse bei der Delegiertenkonferenz unserer BPO. Schließlich ging es um den Mißtrauensantrag gegen Parteisekretär Gerhard Korb und seinen Stellvertreter Peter Scholz sowie um die Delegierten zur KDK. Für 16 Delegierte mußten sich die Genossen entscheiden, 24 Genossen standen auf der Kandidatenliste.

sung festgeschriebenen Führungsanspruch der SED.

Beim Diskussionsbeitrag von Michael Holtz, Sekretär der APO 4, hätte man es hören können, wenn eine Stecknadel zu Boden gefallen wäre. Er begründete, warum seine APO den Genossen Korb und Scholz das Mißtrauen ausspricht. Es wurden geringer Kontakt zur Basis, ungenügende Wirksamkeit in der Öffentlichkeit und Probleme in der einheitlichen Organisation bemängelt. Zu wenig bekannt blieb, daß Genosse Korb oft wegen seines Eintretens für TRO von der Kreisleitung kritisiert wurde. Es gab Auseinandersetzungen mit den Genossen Korb und Scholz in den Anleitungen der APO-Sekretäre, die zwar Früchte trugen, aber nicht genug spürbar waren. Mit dieser Begründung sprach die APO 4 beiden Genossen das Mißtrauen aus. Horst Weber, Sekretär der APO 8, formulierte gemäß Geschäftsordnung einen Gegenantrag.

drängt war der Tisch der Wahlkommission während der Auszählung.

Schließlich die Bekanntgabe der 16 Delegierten, manch prominenter Genosse, aber auch Parteimitglieder, die erst seit kurzem sich zu heftiger Kritik aufrafften, erhielten nicht das Mandat. Und dann das Resultat zum Mißtrauensantrag: 50 von 95 Genossen sprachen Gerhard Korb das Vertrauen aus, Peter Scholz erhielt 58 Stimmen. Wohl mancher Delegierte war vom Ergebnis überrascht, aber es ist eine Tatsachenentscheidung. Genosse Gerhard Korb sagte, mit solch geringem Vertrauen läßt es sich nicht lange gut arbeiten. Diesen knappen Ausgang sieht er als Auftrag, die Parteiorganisation bis zu den Wahlen gut zu führen, durch entsprechende Arbeit das Vertrauen wiederzugewinnen und die Wahlen gründlich und demokratisch vorzubereiten.

Uwe Spacek



Erweiterte BGL-Sitzung am 15. 11. 89 unter Teilnahme der AGL-Vorsitzenden

Die BGL beriet zur innergewerkschaftlichen Demokratie, zog Schlußfolgerungen zu einigen Fragen der gewerkschaftlichen Arbeit im VEB TRO für 1989/90 und analysierte alle Vorschläge, Hinweise und Kritiken unserer Gewerkschaftsmitglieder mit der Weiterleitung zur Entscheidungsfindung durch die übergeordneten Leitungen und Organe (die inhaltlichen Festlegungen hierzu haben wir nachfolgend veröffentlicht). Im weiteren Verlauf der Tagesordnung beschäftigte sich die BGL z. B. mit folgenden Fragen:

- 1. Im Rahmen der inhaltlichen Neugestaltung unserer gewerkschaftlichen Arbeit und der höheren Wirksamkeit für unsere Mitglieder wurden der Inhalt und die Arbeitsweise einiger Kommissionen bei der BGL verändert. Die Bildungs- und Fortbildungskommission wurde abberufen. Die Mitwirkung der BGL zu Fragen der Aus- und Weiterbildung erfolgt zukünftig direkt durch die Berichterstattung des Betriebsleiters vor der BGL in Anwesenheit der AGL-Vorsitzenden. Die bisherige Kommission „Sozialistische Erziehung der Kinder“ erhielt die Bezeichnung „Kinderkommission“.

- Die Kommission „Sozialistische Erziehung der Schuljugend“, bisher verantwortlich für die Zusammenarbeit mit unseren Patenschulen, wurde abberufen. Die Arbeit mit den Patenschulen wird zukünftig von der Kinderkommission mit übernommen. Die Kommission „Agitation und Propaganda“ erhielt die Bezeichnung „Information und Öffentlichkeitsarbeit“ und damit auch eine neue inhaltliche Aufgabenstellung. Die Kommission „Arbeit – Lohn – Wettbewerb“ wurde in Kommission „Arbeit und Löhne“ umbenannt.

- 2. Nahm die BGL einen Bericht über die Aufteilung des Kurkontingentes für 1990 entgegen. Es beträgt 101 Heilkuren, davon: Herz/Kreislauf 54 Plätze, Bewegungsapparat 26 Plätze, Atemwege 17 Plätze, Verdauungsorgane 4 Plätze. Die Anzahl der prophylaktischen Kuren beträgt 50.
- 3. Für das Metallarbeiter-Konzert am 25. 11. 89 im Schauspielhaus wurden den einzelnen AGL durch die BGL 70 Karten zur Verfügung gestellt.
- 4. Wurde über die Anerkennung von Arbeitsunfällen beraten.
- 5. Wurden einige Anträge zur Auszeichnung als „Aktivist der sozialistischen Arbeit“ in der BGL beraten und bestätigt.

Günter Schulze, Vors. der Kommission „Information und Öffentlichkeitsarbeit“

- 1. Gewerkschaft – Interessenvertreter der Werktätigen: Davon ausgehend, daß die Gewerkschaft als Interessenvertreter der Werktätigen frei und unabhängig sein muß und ihre Leitungen ausschließlich die Interessen ihrer jeweiligen Mitglieder zu vertreten haben, halten wir es für richtig, daß leitende Gewerkschaftsfunktionäre nicht zugleich Mandatsträger in Parteileitungen des Betriebes sind. Deshalb sind mit Wirkung vom 7. 11. 1989 der BGL-Vorsitzende Gerhard Hörmann sowie die BGL-Mitglieder Hans Fischbach und Lothar Becker nicht mehr Mitglieder der BPO-Leitung. Auf AGL-Ebene sollte ebenso verfahren werden.

- 2. Wettbewerbsbeschluß 1990: Verpflichtungen in Wettbewerbsbeschlüssen haben zum Ziel, übertragene Aufgaben zur allseitigen Erfüllung und gezielten Überbietung des Planes vorbildlich zu erfüllen. Das wiederum setzt die Übereinstimmung von Plan – Bilanz – Vertrag, eine daraus resultierende kontinuierliche Materialversorgung u. a. voraus. Selbst wenn diese Voraussetzung gegeben wäre, erfordert das Reagieren auf volkswirtschaftliche Bedürfnisse Planänderungen, die unter Umständen zu regelmäßigen Änderungen des zentralen Wettbewerbsbeschlusses und Bestätigungen durch die VVV führen würden. Dieser Aufwand ist nicht zu vertreten. Deshalb wird festgelegt, für 1990 keinen Wettbewerbsbeschluß zu verabschieden. Den AGL wird empfohlen, in Abstimmung mit ihrem FD bzw. BTL eigenständige Festlegungen zu treffen.

- 3. Führung von Leistungsvergleichen: Die überwiegend nicht vorhandene Vergleichbarkeit von Arbeitsergebnissen sowie die ungenügende Aussagefähigkeit der Rechnungsführung und Statistik führte in der BGL zu der Entscheidung, den Leistungsvergleich zwischen Direktionsbereichen nicht mehr zu führen. Die Empfehlung zur Weiterführung des Leistungsvergleiches zwischen den Betriebsteilen wurde gründlich überprüft. Auch hier zeichnet sich die Vergleichbarkeit nur bei wenigen Kennziffern ab. Deshalb wird auch hier empfohlen, den Leistungsvergleich als Bestandteil des Wettbewerbs ab 1. 1. 1990 nicht weiterzuführen. Die bisher zur Verfügung gestellten 20 000 Mark können von den Direktoren in Abstimmung mit der AGL für Prämienvereinbarungen verwendet werden. Den AGL und FD und BTL wird empfohlen, ihren Leistungsvergleich zwischen den Kostenstellen ebenfalls einer kritischen Wertung zu unterziehen und entsprechende Festlegungen zu treffen. Leistungsbewertungen von Arbeitskollektiven sind in Arbeitsberatungen in Verbindung mit materiellen Stimulationen durch die staatlichen Leiter vorzunehmen.

- 4. Der Kampf um den Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“: Die Entwicklung der letzten Jahre hat zu starkem Formalismus bei der Ausarbeitung sowie Zwischen- und Endverteidigungen im Kampf um den Ehrentitel geführt.

- 5. Schulen der sozialistischen Arbeit: Die bisherigen Schulen der sozialistischen Arbeit sind in Zukunft als Bestandteil der gewerkschaftspolitischen Arbeit zu betrachten. Diese obliegt dem Vertrauensmann im Zusammenwirken mit den Mitgliedern seiner Gewerkschaftsgruppe.

- 6. Gewerkschaftsgruppenversammlungen: Über die Durchführung und den Inhalt der Gewerkschaftsgruppenversammlung entscheiden die Betriebe. Kompetente Vertreter der Betriebsleitung werden zu den VVV eingeladen. Über jede VVV ist ein Protokoll anzufertigen, und über die Beantwortung noch offener Fragen ist auf der nächsten VVV zu informieren.
- 7. Vertrauensleutevollversammlungen: Die Einladungen zu den VVV sind rechtzeitig, in der Regel mindestens drei Wochen vor der VVV, unter Angabe des Themas den Vertrauensleuten auszuhändigen. Dadurch soll gewährleistet werden, daß sich die Vertrauensleute zu inhaltlichen Fragen ausreichend mit der Gewerkschaftsgruppe beraten können. Im Zeitplan der VVV ist zu sichern, daß auf jeder VVV ausreichend Zeit verbleibt, um Fragen von Vertrauensleuten zu beantworten und lange Referate vermeiden zu lassen. In diesem Zusammenhang wird an den Ministerrat die Änderung des GBL Teil I, Nr. 4 vom 1. 7. 1982 § 3 Abschnitt 3 beantragt. Hier heißt es: „Für Speisen und Getränke und Veranstaltungen... dürfen jährlich 50 Mark verbraucht werden. Diese Begrenzung ist aufzuheben, den Betrieben ist die volle Selbständigkeit zur Verwendung dieser Fonds zu übertragen. Gleichfalls ist die Festlegung des Ministerrates außer Kraft zu setzen, wonach es verboten ist, Geld aus dem K- oder S-Fonds zum Kauf von Kaffee, Kakaoerzeugnissen und Süßfrüchten zu verwenden.“

Schlußfolgerungen der BGL zu einigen Fragen der Gewerkschaftsarbeit im VEB TRO „Karl Liebknecht“

Wir sind der Meinung, daß sich diese Bewegung überlebt hat. Da es innerhalb und außerhalb unserer GO keine Vorstellungen zur Verbesserung dieser Situation gibt, schlagen wir die Einstellung des Kampfes um den Ehrentitel ab 31. 12. 1989 vor. Die bisher zur Verfügung gestellten Mittel aus dem K- und S-Fonds sollten den Kollektiven weiter zur Verfügung stehen. Das sind 100 Mark für die Patenschaftsarbeit sowie die Kollektivprämie zur Durchführung einer Veranstaltung. (In diesem Zusammenhang wird an den Ministerrat die Änderung des GBL Teil I, Nr. 4 vom 1. 7. 1982 § 3 Abschnitt 3 beantragt. Hier heißt es: „Für Speisen und Getränke und Veranstaltungen... dürfen jährlich 50 Mark verbraucht werden. Diese Begrenzung ist aufzuheben, den Betrieben ist die volle Selbständigkeit zur Verwendung dieser Fonds zu übertragen. Gleichfalls ist die Festlegung des Ministerrates außer Kraft zu setzen, wonach es verboten ist, Geld aus dem K- oder S-Fonds zum Kauf von Kaffee, Kakaoerzeugnissen und Süßfrüchten zu verwenden.“)

Die Einladungen zu den VVV sind rechtzeitig, in der Regel mindestens drei Wochen vor der VVV, unter Angabe des Themas den Vertrauensleuten auszuhändigen. Dadurch soll gewährleistet werden, daß sich die Vertrauensleute zu inhaltlichen Fragen ausreichend mit der Gewerkschaftsgruppe beraten können. Im Zeitplan der VVV ist zu sichern, daß auf jeder VVV ausreichend Zeit verbleibt, um Fragen von Vertrauensleuten zu beantworten und lange Referate vermeiden zu lassen.

Die Betriebe müssen eine größere Eigenständigkeit bei der Bildung und Verwendung ihrer finanziellen Mittel erhalten. Das betrifft den Lohnfonds, den Prämienfonds, den Leistungs- und den Sonderfonds.

Insbesondere ist die Begrenzung bei der Verwendung des K- und S-Fonds auf 50 Mark für Speisen und Getränke je VbE aufzuheben.

Zur besseren Auslastung der Ferienzeiten in der Vor- und Nachsaison ist eine Staffelung der Schulfestivals nach Nord- und Südbezirken für den Zeitraum 1. Juni bis 15. September zu überprüfen. Zur Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung durch den Abbau sozial ungerechter Unterschiede bei der Besteuerung des Lohnempfängers für alle Werktätigen einheitlicher Lohnsteuersatz festzulegen.

Zur besseren Durchsetzung des Leistungsprinzips ist eine funktions- und leistungsgerechte Entlohnung für Leiter, Meister, Technologen sowie F+E-Kader zu erarbeiten. Zur Erhaltung einer Stammbelagschaft sollten der Treuerurlaub und die Betriebsrente des VEB TRO für langjährige Betriebszugehörigkeit wieder eingeführt werden.

Es sollte überprüft werden, inwieweit die Einführung des Nulltarifes für den öffentlichen Nahverkehr, bei gleichzeitiger Erhöhung der Lohnsteuer, möglich ist.

Die BGL überprüft die rechtlichen Möglichkeiten der Übernahme der Betriebszeitung als Organ der BGL und informiert die Betriebe. Die BGL überprüft die rechtlichen Möglichkeiten der Übernahme der Betriebszeitung als Organ der BGL und informiert die Betriebe.

Vorschläge, Hinweise und Kritiken ... von Gewerkschaftsmitgliedern und gewerkschaftlichen Leitungen unseres Betriebes zur weiteren Verbesserung der Arbeit im Betrieb und unserer gesellschaftlichen Entwicklung

Diese Vorschläge, Hinweise und Kritiken wurden in der BGL-Sitzung am 15. 11. 1989 inhaltlich beraten und sollten unseres Erachtens bei der Erarbeitung grundsätzlicher Dokumente berücksichtigt werden. Im Ergebnis dieser Beratung wurde beschlossen, diese Vorschläge, Hinweise und Kritiken dem Bundesvorstand des FDGB zur Bearbeitung und Klärung zu übergeben.

1. Vorschläge, Hinweise und Kritiken zur innergewerkschaftlichen Arbeit: Die Gewerkschaft muß als größte Massenorganisation und Interessenvertreter der Werktätigen frei und unabhängig sein. Dieser Grundsatz muß sich in einer überarbeiteten neuen Satzung des FDGB, in einem überarbeiteten AGB, in einem Gesetz über die Gewerkschaft und weiteren Rechtsvorschriften sowie Beschlüssen des FDGB widerspiegeln. So ist z. B. die Anerkennung der führenden Rolle der SED in der Satzung des FDGB nicht mehr aufzunehmen. Die Gewerkschaft muß für alle offen sein, unabhängig von politischen und religiösen Anschauungen sowie der Staatszugehörigkeit.

Wir erwarten, daß spätestens im I. Quartal 1990 Gewerkschaftswahlen durchgeführt werden und unverzüglich ein außerordentlicher FDGB-Kongreß einberufen wird. Die gewerkschaftlichen Leitungen müssen ausschließlich ihren Mitgliedern verpflichtet sein. Bei der Wahl der BGL ist auf die Kandidatenliste zumindest der vorgesehene BGL-Vorsitzende und sein Stellvertreter kenntlich zu machen. Bei der Wahl der AGL sollte analog verfahren werden.

Mandatsträger des FDGB dürfen nicht Mandatsträger in Parteien sein. Über Tagungen und Sitzungen des Bundesvorstandes des FDGB ist über die Medien, insbesondere die Zeitschrift „Tribüne“ offen und ausführlich zu berichten. Festlegungen und Beschlüsse der BGO dürfen nicht durch übergeordnete Leitungen beeinflusst werden. Die Gewerkschaftsgruppe sollte selbständig entscheiden, ob sie zusätzlich zum Vertrauensmann weitere Gewerkschaftsgruppenfunktionäre wählt.

Die Vorteile von Gewerkschaftsmitgliedern sind gegenüber nicht im FDGB Organisierten überzeugender auszubauen. Die Finanzplanung ist durch die BGO eigenständig ohne Einflußnahme übergeordneter Leitungen durchzuführen. Übergeordnete Leitungen dürfen nur Orientierungen zur Verwendung der Mittel geben.

Die Soli-Beiträge der Gewerkschaftsmitglieder sollten ausschließlich der Solidarität zugute kommen. Die Finanzierung der Veteranenbetreuung und notwendige Mittel für die internationale Zusammenarbeit müssen im Finanzplan aus dem Rücklauf der Gewerkschaftsbeiträge geplant werden. Die BGL müssen völlig eigenständig über die Bildung ihrer Kommissionen entscheiden. Monatsberichte von gewerkschaftlichen Leitungen sind nur dann sinnvoll, wenn zwingende Regelungen zur Beantwortung von V, H, K bestehen. Die Einnahmen der finanziellen Mittel des FDGB und ihre Verwendung sollten durch den Bundesvorstand des FDGB und der nachgeordneten Leitungen regelmäßig offen dargelegt werden.

Schlußfolgerungen der BGL zu einigen Fragen der Gewerkschaftsarbeit im VEB TRO „Karl Liebknecht“

Wir sind der Meinung, daß sich diese Bewegung überlebt hat. Da es innerhalb und außerhalb unserer GO keine Vorstellungen zur Verbesserung dieser Situation gibt, schlagen wir die Einstellung des Kampfes um den Ehrentitel ab 31. 12. 1989 vor. Die bisher zur Verfügung gestellten Mittel aus dem K- und S-Fonds sollten den Kollektiven weiter zur Verfügung stehen. Das sind 100 Mark für die Patenschaftsarbeit sowie die Kollektivprämie zur Durchführung einer Veranstaltung. (In diesem Zusammenhang wird an den Ministerrat die Änderung des GBL Teil I, Nr. 4 vom 1. 7. 1982 § 3 Abschnitt 3 beantragt. Hier heißt es: „Für Speisen und Getränke und Veranstaltungen... dürfen jährlich 50 Mark verbraucht werden. Diese Begrenzung ist aufzuheben, den Betrieben ist die volle Selbständigkeit zur Verwendung dieser Fonds zu übertragen. Gleichfalls ist die Festlegung des Ministerrates außer Kraft zu setzen, wonach es verboten ist, Geld aus dem K- oder S-Fonds zum Kauf von Kaffee, Kakaoerzeugnissen und Süßfrüchten zu verwenden.“)

Die Einladungen zu den VVV sind rechtzeitig, in der Regel mindestens drei Wochen vor der VVV, unter Angabe des Themas den Vertrauensleuten auszuhändigen. Dadurch soll gewährleistet werden, daß sich die Vertrauensleute zu inhaltlichen Fragen ausreichend mit der Gewerkschaftsgruppe beraten können. Im Zeitplan der VVV ist zu sichern, daß auf jeder VVV ausreichend Zeit verbleibt, um Fragen von Vertrauensleuten zu beantworten und lange Referate vermeiden zu lassen.

Die Betriebe müssen eine größere Eigenständigkeit bei der Bildung und Verwendung ihrer finanziellen Mittel erhalten. Das betrifft den Lohnfonds, den Prämienfonds, den Leistungs- und den Sonderfonds.

Insbesondere ist die Begrenzung bei der Verwendung des K- und S-Fonds auf 50 Mark für Speisen und Getränke je VbE aufzuheben.

Zur besseren Auslastung der Ferienzeiten in der Vor- und Nachsaison ist eine Staffelung der Schulfestivals nach Nord- und Südbezirken für den Zeitraum 1. Juni bis 15. September zu überprüfen. Zur Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung durch den Abbau sozial ungerechter Unterschiede bei der Besteuerung des Lohnempfängers für alle Werktätigen einheitlicher Lohnsteuersatz festzulegen.

Zur besseren Durchsetzung des Leistungsprinzips ist eine funktions- und leistungsgerechte Entlohnung für Leiter, Meister, Technologen sowie F+E-Kader zu erarbeiten. Zur Erhaltung einer Stammbelagschaft sollten der Treuerurlaub und die Betriebsrente des VEB TRO für langjährige Betriebszugehörigkeit wieder eingeführt werden.

Es sollte überprüft werden, inwieweit die Einführung des Nulltarifes für den öffentlichen Nahverkehr, bei gleichzeitiger Erhöhung der Lohnsteuer, möglich ist.

Erweiterte BGL-Sitzung am 15. 11. 89 unter Teilnahme der AGL-Vorsitzenden

Die BGL beriet zur innergewerkschaftlichen Demokratie, zog Schlußfolgerungen zu einigen Fragen der gewerkschaftlichen Arbeit im VEB TRO für 1989/90 und analysierte alle Vorschläge, Hinweise und Kritiken unserer Gewerkschaftsmitglieder mit der Weiterleitung zur Entscheidungsfindung durch die übergeordneten Leitungen und Organe (die inhaltlichen Festlegungen hierzu haben wir nachfolgend veröffentlicht). Im weiteren Verlauf der Tagesordnung beschäftigte sich die BGL z. B. mit folgenden Fragen:

- 1. Im Rahmen der inhaltlichen Neugestaltung unserer gewerkschaftlichen Arbeit und der höheren Wirksamkeit für unsere Mitglieder wurden der Inhalt und die Arbeitsweise einiger Kommissionen bei der BGL verändert. Die Bildungs- und Fortbildungskommission wurde abberufen. Die Mitwirkung der BGL zu Fragen der Aus- und Weiterbildung erfolgt zukünftig direkt durch die Berichterstattung des Betriebsleiters vor der BGL in Anwesenheit der AGL-Vorsitzenden. Die bisherige Kommission „Sozialistische Erziehung der Kinder“ erhielt die Bezeichnung „Kinderkommission“.
- Die Kommission „Sozialistische Erziehung der Schuljugend“, bisher verantwortlich für die Zusammenarbeit mit unseren Patenschulen, wurde abberufen. Die Arbeit mit den Patenschulen wird zukünftig von der Kinderkommission mit übernommen. Die Kommission „Agitation und Propaganda“ erhielt die Bezeichnung „Information und Öffentlichkeitsarbeit“ und damit auch eine neue inhaltliche Aufgabenstellung. Die Kommission „Arbeit – Lohn – Wettbewerb“ wurde in Kommission „Arbeit und Löhne“ umbenannt.
- 2. Nahm die BGL einen Bericht über die Aufteilung des Kurkontingentes für 1990 entgegen. Es beträgt 101 Heilkuren, davon: Herz/Kreislauf 54 Plätze, Bewegungsapparat 26 Plätze, Atemwege 17 Plätze, Verdauungsorgane 4 Plätze. Die Anzahl der prophylaktischen Kuren beträgt 50.
- 3. Für das Metallarbeiter-Konzert am 25. 11. 89 im Schauspielhaus wurden den einzelnen AGL durch die BGL 70 Karten zur Verfügung gestellt.
- 4. Wurde über die Anerkennung von Arbeitsunfällen beraten.
- 5. Wurden einige Anträge zur Auszeichnung als „Aktivist der sozialistischen Arbeit“ in der BGL beraten und bestätigt.

Günter Schulze, Vors. der Kommission „Information und Öffentlichkeitsarbeit“

- 1. Gewerkschaft – Interessenvertreter der Werktätigen: Davon ausgehend, daß die Gewerkschaft als Interessenvertreter der Werktätigen frei und unabhängig sein muß und ihre Leitungen ausschließlich die Interessen ihrer jeweiligen Mitglieder zu vertreten haben, halten wir es für richtig, daß leitende Gewerkschaftsfunktionäre nicht zugleich Mandatsträger in Parteileitungen des Betriebes sind. Deshalb sind mit Wirkung vom 7. 11. 1989 der BGL-Vorsitzende Gerhard Hörmann sowie die BGL-Mitglieder Hans Fischbach und Lothar Becker nicht mehr Mitglieder der BPO-Leitung. Auf AGL-Ebene sollte ebenso verfahren werden.

- 2. Wettbewerbsbeschluß 1990: Verpflichtungen in Wettbewerbsbeschlüssen haben zum Ziel, übertragene Aufgaben zur allseitigen Erfüllung und gezielten Überbietung des Planes vorbildlich zu erfüllen. Das wiederum setzt die Übereinstimmung von Plan – Bilanz – Vertrag, eine daraus resultierende kontinuierliche Materialversorgung u. a. voraus. Selbst wenn diese Voraussetzung gegeben wäre, erfordert das Reagieren auf volkswirtschaftliche Bedürfnisse Planänderungen, die unter Umständen zu regelmäßigen Änderungen des zentralen Wettbewerbsbeschlusses und Bestätigungen durch die VVV führen würden. Dieser Aufwand ist nicht zu vertreten. Deshalb wird festgelegt, für 1990 keinen Wettbewerbsbeschluß zu verabschieden. Den AGL wird empfohlen, in Abstimmung mit ihrem FD bzw. BTL eigenständige Festlegungen zu treffen.

Die Entwicklung der letzten Jahre hat zu starkem Formalismus bei der Ausarbeitung sowie Zwischen- und Endverteidigungen im Kampf um den Ehrentitel geführt.

Die bisherigen Schulen der sozialistischen Arbeit sind in Zukunft als Bestandteil der gewerkschaftspolitischen Arbeit zu betrachten. Diese obliegt dem Vertrauensmann im Zusammenwirken mit den Mitgliedern seiner Gewerkschaftsgruppe.

Schlußfolgerungen der BGL zu einigen Fragen der Gewerkschaftsarbeit im VEB TRO „Karl Liebknecht“

Wir sind der Meinung, daß sich diese Bewegung überlebt hat. Da es innerhalb und außerhalb unserer GO keine Vorstellungen zur Verbesserung dieser Situation gibt, schlagen wir die Einstellung des Kampfes um den Ehrentitel ab 31. 12. 1989 vor. Die bisher zur Verfügung gestellten Mittel aus dem K- und S-Fonds sollten den Kollektiven weiter zur Verfügung stehen. Das sind 100 Mark für die Patenschaftsarbeit sowie die Kollektivprämie zur Durchführung einer Veranstaltung. (In diesem Zusammenhang wird an den Ministerrat die Änderung des GBL Teil I, Nr. 4 vom 1. 7. 1982 § 3 Abschnitt 3 beantragt. Hier heißt es: „Für Speisen und Getränke und Veranstaltungen... dürfen jährlich 50 Mark verbraucht werden. Diese Begrenzung ist aufzuheben, den Betrieben ist die volle Selbständigkeit zur Verwendung dieser Fonds zu übertragen. Gleichfalls ist die Festlegung des Ministerrates außer Kraft zu setzen, wonach es verboten ist, Geld aus dem K- oder S-Fonds zum Kauf von Kaffee, Kakaoerzeugnissen und Süßfrüchten zu verwenden.“)

Die Einladungen zu den VVV sind rechtzeitig, in der Regel mindestens drei Wochen vor der VVV, unter Angabe des Themas den Vertrauensleuten auszuhändigen. Dadurch soll gewährleistet werden, daß sich die Vertrauensleute zu inhaltlichen Fragen ausreichend mit der Gewerkschaftsgruppe beraten können. Im Zeitplan der VVV ist zu sichern, daß auf jeder VVV ausreichend Zeit verbleibt, um Fragen von Vertrauensleuten zu beantworten und lange Referate vermeiden zu lassen.

Die Betriebe müssen eine größere Eigenständigkeit bei der Bildung und Verwendung ihrer finanziellen Mittel erhalten. Das betrifft den Lohnfonds, den Prämienfonds, den Leistungs- und den Sonderfonds.

Insbesondere ist die Begrenzung bei der Verwendung des K- und S-Fonds auf 50 Mark für Speisen und Getränke je VbE aufzuheben.

Zur besseren Auslastung der Ferienzeiten in der Vor- und Nachsaison ist eine Staffelung der Schulfestivals nach Nord- und Südbezirken für den Zeitraum 1. Juni bis 15. September zu überprüfen. Zur Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung durch den Abbau sozial ungerechter Unterschiede bei der Besteuerung des Lohnempfängers für alle Werktätigen einheitlicher Lohnsteuersatz festzulegen.

Zur besseren Durchsetzung des Leistungsprinzips ist eine funktions- und leistungsgerechte Entlohnung für Leiter, Meister, Technologen sowie F+E-Kader zu erarbeiten. Zur Erhaltung einer Stammbelagschaft sollten der Treuerurlaub und die Betriebsrente des VEB TRO für langjährige Betriebszugehörigkeit wieder eingeführt werden.

Es sollte überprüft werden, inwieweit die Einführung des Nulltarifes für den öffentlichen Nahverkehr, bei gleichzeitiger Erhöhung der Lohnsteuer, möglich ist.

Vorschläge, Hinweise und Kritiken ... von Gewerkschaftsmitgliedern und gewerkschaftlichen Leitungen unseres Betriebes zur weiteren Verbesserung der Arbeit im Betrieb und unserer gesellschaftlichen Entwicklung

Diese Vorschläge, Hinweise und Kritiken wurden in der BGL-Sitzung am 15. 11. 1989 inhaltlich beraten und sollten unseres Erachtens bei der Erarbeitung grundsätzlicher Dokumente berücksichtigt werden. Im Ergebnis dieser Beratung wurde beschlossen, diese Vorschläge, Hinweise und Kritiken dem Bundesvorstand des FDGB zur Bearbeitung und Klärung zu übergeben.

1. Vorschläge, Hinweise und Kritiken zur innergewerkschaftlichen Arbeit: Die Gewerkschaft muß als größte Massenorganisation und Interessenvertreter der Werktätigen frei und unabhängig sein. Dieser Grundsatz muß sich in einer überarbeiteten neuen Satzung des FDGB, in einem überarbeiteten AGB, in einem Gesetz über die Gewerkschaft und weiteren Rechtsvorschriften sowie Beschlüssen des FDGB widerspiegeln. So ist z. B. die Anerkennung der führenden Rolle der SED in der Satzung des FDGB nicht mehr aufzunehmen. Die Gewerkschaft muß für alle offen sein, unabhängig von politischen und religiösen Anschauungen sowie der Staatszugehörigkeit.

Wir erwarten, daß spätestens im I. Quartal 1990 Gewerkschaftswahlen durchgeführt werden und unverzüglich ein außerordentlicher FDGB-Kongreß einberufen wird. Die gewerkschaftlichen Leitungen müssen ausschließlich ihren Mitgliedern verpflichtet sein. Bei der Wahl der BGL ist auf die Kandidatenliste zumindest der vorgesehene BGL-Vorsitzende und sein Stellvertreter kenntlich zu machen. Bei der Wahl der AGL sollte analog verfahren werden.

Mandatsträger des FDGB dürfen nicht Mandatsträger in Parteien sein. Über Tagungen und Sitzungen des Bundesvorstandes des FDGB ist über die Medien, insbesondere die Zeitschrift „Tribüne“ offen und ausführlich zu berichten. Festlegungen und Beschlüsse der BGO dürfen nicht durch übergeordnete Leitungen beeinflusst werden. Die Gewerkschaftsgruppe sollte selbständig entscheiden, ob sie zusätzlich zum Vertrauensmann weitere Gewerkschaftsgruppenfunktionäre wählt.

Die Vorteile von Gewerkschaftsmitgliedern sind gegenüber nicht im FDGB Organisierten überzeugender auszubauen. Die Finanzplanung ist durch die BGO eigenständig ohne Einflußnahme übergeordneter Leitungen durchzuführen. Übergeordnete Leitungen dürfen nur Orientierungen zur Verwendung der Mittel geben.

Die Soli-Beiträge der Gewerkschaftsmitglieder sollten ausschließlich der Solidarität zugute kommen. Die Finanzierung der Veteranenbetreuung und notwendige Mittel für die internationale Zusammenarbeit müssen im Finanzplan aus dem Rücklauf der Gewerkschaftsbeiträge geplant werden. Die BGL müssen völlig eigenständig über die Bildung ihrer Kommissionen entscheiden. Monatsberichte von gewerkschaftlichen Leitungen sind nur dann sinnvoll, wenn zwingende Regelungen zur Beantwortung von V, H, K bestehen. Die Einnahmen der finanziellen Mittel des FDGB und ihre Verwendung sollten durch den Bundesvorstand des FDGB und der nachgeordneten Leitungen regelmäßig offen dargelegt werden.

Die Betriebe müssen eine größere Eigenständigkeit bei der Bildung und Verwendung ihrer finanziellen Mittel erhalten. Das betrifft den Lohnfonds, den Prämienfonds, den Leistungs- und den Sonderfonds.

Insbesondere ist die Begrenzung bei der Verwendung des K- und S-Fonds auf 50 Mark für Speisen und Getränke je VbE aufzuheben.

Schlußfolgerungen der BGL zu einigen Fragen der Gewerkschaftsarbeit im VEB TRO „Karl Liebknecht“

Wir sind der Meinung, daß sich diese Bewegung überlebt hat. Da es innerhalb und außerhalb unserer GO keine Vorstellungen zur Verbesserung dieser Situation gibt, schlagen wir die Einstellung des Kampfes um den Ehrentitel ab 31. 12. 1989 vor. Die bisher zur Verfügung gestellten Mittel aus dem K- und S-Fonds sollten den Kollektiven weiter zur Verfügung stehen. Das sind 100 Mark für die Patenschaftsarbeit sowie die Kollektivprämie zur Durchführung einer Veranstaltung. (In diesem Zusammenhang wird an den Ministerrat die Änderung des GBL Teil I, Nr. 4 vom 1. 7. 1982 § 3 Abschnitt 3 beantragt. Hier heißt es: „Für Speisen und Getränke und Veranstaltungen... dürfen jährlich 50 Mark verbraucht werden. Diese Begrenzung ist aufzuheben, den Betrieben ist die volle Selbständigkeit zur Verwendung dieser Fonds zu übertragen. Gleichfalls ist die Festlegung des Ministerrates außer Kraft zu setzen, wonach es verboten ist, Geld aus dem K- oder S-Fonds zum Kauf von Kaffee, Kakaoerzeugnissen und Süßfrüchten zu verwenden.“)

Die Einladungen zu den VVV sind rechtzeitig, in der Regel mindestens drei Wochen vor der VVV, unter Angabe des Themas den Vertrauensleuten auszuhändigen. Dadurch soll gewährleistet werden, daß sich die Vertrauensleute zu inhaltlichen Fragen ausreichend mit der Gewerkschaftsgruppe beraten können. Im Zeitplan der VVV ist zu sichern, daß auf jeder VVV ausreichend Zeit verbleibt, um Fragen von Vertrauensleuten zu beantworten und lange Referate vermeiden zu lassen.

Die Betriebe müssen eine größere Eigenständigkeit bei der Bildung und Verwendung ihrer finanziellen Mittel erhalten. Das betrifft den Lohnfonds, den Prämienfonds, den Leistungs- und den Sonderfonds.

Insbesondere ist die Begrenzung bei der Verwendung des K- und S-Fonds auf 50 Mark für Speisen und Getränke je VbE aufzuheben.

Zur besseren Auslastung der Ferienzeiten in der Vor- und Nachsaison ist eine Staffelung der Schulfestivals nach Nord- und Südbezirken für den Zeitraum 1. Juni bis 15. September zu überprüfen. Zur Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung durch den Abbau sozial ungerechter Unterschiede bei der Besteuerung des Lohnempfängers für alle Werktätigen einheitlicher Lohnsteuersatz festzulegen.

Zur besseren Durchsetzung des Leistungsprinzips ist eine funktions- und leistungsgerechte Entlohnung für Leiter, Meister, Technologen sowie F+E-Kader zu erarbeiten. Zur Erhaltung einer Stammbelagschaft sollten der Treuerurlaub und die Betriebsrente des VEB TRO für langjährige Betriebszugehörigkeit wieder eingeführt werden.

Es sollte überprüft werden, inwieweit die Einführung des Nulltarifes für den öffentlichen Nahverkehr, bei gleichzeitiger Erhöhung der Lohnsteuer, möglich ist.

Geantwortet ... auf TRAFO Nr. 43, Seiten 4/5: „Finanzielle Stimulation allein löst nicht das Problem der Schweißerei im TRO“

In dem Rundtschgespräch der Schweißerei wird vom Kollegen Stefan kritisiert, daß der Vorschlag über eine Frühberentung der Schweißerei nicht berücksichtigt wurde. Grundsätzlich ist es zu diesem Punkt recht. In dem Schreiben an den Bundesvorstand des FDGB, das Staatssekretariat Arbeit und Löhne und an unser Kombinat fehlt dieser Vorschlag.

Wir haben jetzt sofort diesen Vorschlag schriftlich an den Bundesvorstand des FDGB, Zentralvorstand IG Metall und an das Ministerium Elektrotechnik/Elektronik nachgereicht, so daß auch dieser Vorschlag einer Prüfung unterzogen werden kann. Kruska, Stellv. BGL-Vorsitzende

Diese Mittelseite wurde unter Verantwortung unserer Betriebsgewerkschaftsleitung gestaltet.

Hörmann, BGL-Vorsitzender

Mut und Schöpferfertum in unserer Zeit

Wir durchlaufen gegenwärtig eine Periode, in der vieles neu durchdacht werden muß. Es gibt aber auch Erfahrungen und Erkenntnisse, die nach wie vor Gültigkeit besitzen. Dazu gehört die Notwendigkeit wissenschaftlich-technischen Schöpferfertums. Sie ist zwar nicht alleinige, aber doch eine bedeutende Quelle hoher Wirtschaftskraft, Weltmarktfähigkeit und Effektivität unserer Gesellschaft. Deshalb warfen wir auf dieser Seite – anknüpfend an den Artikel in „TRAFO“-Nr. 43 noch einmal einige Probleme und Standpunkte zu diesem Thema auf, und bitten vor allem unsere jungen Ingenieure und Absolventen, sich dazu zu äußern.

Was hemmt und was fördert Spitzenleistungen?

Unter diesem Motto führte die URANIA-Mitgliedergruppe gemeinsam mit den Gruppen aus dem WF und KWO am 26. September ein Forum durch, das zu diesem Thema viele Anregungen zum Nachdenken gab und für unsere weitere Zukunft aktuelle Bezüge enthielt.

Professor Fischer, Physiker im wissenschaftlichen Gerätebau der Akademie der Wissenschaften der DDR, äußerte sich sehr persönlich – nicht mit einem Grundsatzreferat, sondern auf Grund seiner jahrelangen Erfahrungen in der schöpferischen Arbeit.

Eigentlich sind drei Dinge hängen geblieben:

1. Das schlimmste Hemmnis des Fortschritts in Technik und Wissenschaft ist Mittelmäßigkeit. Jeder muß an seinem Arbeitsgebiet Interesse haben, sonst geht gar nichts.
2. Man braucht Mut zu sich selbst und seiner Aufgabe.
3. Ohne Phantasie ist Kreativität nicht denkbar.

Was den Mut betrifft, blieb Professor Fischer nicht bei der These stehen, daß man ihn braucht, sondern nannte auch konkrete Beispiele, wozu Mut nötig ist:

- Mut zur interdisziplinären Arbeit, das heißt nicht eng begrenzt nur vom eigenen Arbeitsabschnitt ausgehen, sondern auch Erkenntnisse anderer Zweige verarbeiten oder beachten
- Mut zu kommunikativem Kontakt mit entscheidungsbefugten Personen in Politik und Wirtschaft
- Mut zum Spinnen von Ideen
- Mut zu experimenteller Erkundung
- Mut, auch mal verlacht zu werden
- Mut zum Neuen, gekoppelt mit analytischem Denken

Das alles sind persönliche Eigenschaften, die ein Forscher,

Ingenieur oder Leiter benötigt, und über die man sich wesentlich mehr austauschen sollte.

Prof. Dr. Schimkow unterstützte den Gedanken, daß man interdisziplinär denken lernen müsse, wies aber auch auf Grenzen schöpferischer Arbeit hin. Es geht immer darum, den konkreten Realitäten ins Auge zu schauen. Auszugehen ist immer von dem verfügbaren Material und der verfügbaren Technik sowie den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln. In der

Ziel, konkrete Fragen zur Forschung zu lösen. Für alle Teilnehmer aber gab es Denkanstöße, obwohl die Resonanz unterschiedlich war. Für uns scheint wichtig, daß wir endlich beginnen, die schon öfter aufgeworfene Frage des Verhältnisses zwischen erfahrenen Erfindern und wissenschaftlich-technischen Nachwuchskadern hinsichtlich ihrer besseren Einbeziehung in patentfähige Ergebnisse der Arbeit zu lösen.



Wolfgang Bauroth im Betrieb mit einer Jugenddelegation aus Saporoshje unterwegs.

Diskussion wurden viele Probleme aufgeworfen:

- Probleme des Verhältnisses von Tarifsystem und Kreativitätsförderung
 - Probleme funktionsfähiger Kooperationsbeziehungen
 - das Arbeitsethos des Ingenieurs und die eigenständige Rolle der KDT
 - Probleme des richtigen Einsatzes junger Ingenieure entsprechend ihrer tatsächlichen Fähigkeiten sowie ihrer Förderung
 - Probleme der Ehrlichkeit und selbstkritischen Einschätzung gewollter und erreichter Ergebnisse
- Das Forum hatte nicht das

Hier gelten nach wie vor nur die beiden bekannten positiven Beispiele aus dem Betriebsteil Rummelsburg: Dr. Hoppadietz – Heranführung des Jugendforscherkollektives um Dr. Heike Schwarz und Kollege Land – Heranführung von Silke Wrede.

Es ist unbegreiflich, warum wir in der Transformatoren- und Schaltgeräteentwicklung ausgehend von diesen Erfahrungen nicht nachziehen können.

Es ist auch unverständlich, warum KDT und Schutzrechtsbüro bis heute keine Erfinderschule auf die Beine stellen.

Wolfgang Bauroth
MMM-Beauftragter des BD

Schöpferische Unrast – eine Eigenschaft junger Leute

Ich konnte immer wieder feststellen, daß nach der erfolgreichen Realisierung einer Neuervereinbarung – vor allem dann, wenn das Ergebnis auf einer Messe der Meister von morgen vorgestellt wurde – jedes junge Kollektivmitglied zufrieden und stolz war. Die gemeinsame kritische Auseinandersetzung mit der Aufgabe und die Suche nach der besten Lösung hatte alle gleichermaßen herausgefordert und wurde nun mit einer öffentlichen Würdigung belohnt. Ein Erfolgsrezept für junge Neuerer kann ich sicherlich nicht vermitteln, aber für mich selbst ist die wichtigste Voraussetzung für gute Leistungen: fundierte fachliche Kenntnisse.

Man muß einen Blick für die vorhandene Technik haben

und sich immer wieder fragen: Ist sie sinnvoll und effektiv? Habe ich nicht eine bessere technische Lösung für das Problem? Die kritische Sicht auf das Vorhandene, das Abweichen von mitunter eingefahrenen Wegen, also eine schöpferische Unrast, die vielen jungen Leuten ja von Natur aus eigen ist, gilt es für die MMM-Bewegung zu nutzen.

Für wichtig halte ich ebenso die Erarbeitung niveaullerer Aufgaben, die aus dem Gesamtprozeß abgeleitet wurden und auf das meist noch kurzfristig abrufbereite Wissen und Können junger Facharbeiter und Ingenieure zugeschnitten sind.

Silke Wrede, WE,
(aus einer Broschüre zur Bezirks-MMM)

In der MMM-Bewegung trennt sich die Spreu vom Weizen

In der MMM-Bewegung beginnt sich die Spreu vom Weizen zu trennen. Hier zeigt sich zum ersten Mal, ob und welche jungen Menschen für wissenschaftlich-technische Probleme und ihre Lösung zu begeistern sind. In der Haltung zur MMM-Bewegung offenbart sich aber auch, welche Leiter im Schöpferertum der Jugend den Wechsel auf die Zukunft erkennen. Wem die Begeisterung für technisches Schöpferertum fehlt, der hat gewiß andere Qualitäten, und er ist deswegen nicht zu verdammern. Doch nicht selten werden solche Menschen – am falschen Platz

eingesetzt oder mit für sie ungeeigneten Aufgaben betraut – zu Bremsern des Fortschritts. Sie gehen die Probleme nicht konstruktiv an, verstecken sich hinter Äußerungen, wie „aber das geht ja sowieso nicht“, „es lohnt sich schon darüber nachzudenken, aber...“ Solche Argumente haben mich eines Tages bewogen, Erkennungsmerkmale für destruktives Verhalten zu sammeln und meinen jüngeren Kollegen mit auf den Weg zu geben. Denn bekanntlich verderben schlechte Beispiele gute Sitten. Und auch mancher hoffnungsvolle junge Mensch ermüdet in seinem schöpferischen Drang, wenn er zu lange in einem Kollektiv verweilt, in welchem eine konservative Denkhaltung vorherrscht. In solchen Fällen kann die MMM-Bewegung als Sammelbecken der vorwärtsdrängenden Kräfte außerordentlich positiv wirken. Hier treffen die Jugendlichen auf eine schöpferische Atmosphäre, die im gegenseitigen Ansporn neue Ideen entstehen läßt.

Dipl.-Ing. Thomas Hoffmann
Verdienter Erfinder, VEB WF
(aus „Der Neuerer“)

Auszeichnungen anlässlich der 32. ZMMM

Durch den Generaldirektor unseres Kombinates wurden für vorbildliche Arbeit in der MMM-Bewegung ausgezeichnet:

- mit einer Ehrenurkunde und einem Diplom: das Exponat „Elektronenstrahlschweißmagazin für SF₆-Abbrennkontakte“ als „Aktivist der sozialistischen Arbeit“

Dr. Heike Schwarz, WE
Anselm Garten, GA

- mit einer materiellen Anerkennung:
Sybille Wiebke,
MMM-Beauftragte Q.

Einen herzlichen Glückwunsch allen Ausgezeichneten!



Das Elektronenstrahlschweißmagazin.

FDJ-Wahlen noch aktuell?

Was letztlich fehlte, war das Gros an FDJlern

Drei AFO aus unserem Betrieb entschlossen sich, die AFO-Wahlen gemeinsam durchzuführen. Am 15. November mieteten sie deshalb „Die Stube“ – einen Hellersdorfer Jugendklub –, organisierten Buffett, kulturelle Umrahmung, Disko und Barbetrieb.

Tadellos – möchte man meinen! Doch was letztlich fehlte, war das Gros an FDJlern aus den drei AFO. Ob aus Desinteresse, Zeitmangel, Nichtinformation – letzteres ist fast ausgeschlossen bei dem mündlichen „Info-Fluß“ im TRO –, man mußte es hinnehmen. Deshalb wurden trotz alledem die neuen Sekretäre gewählt. Die AFO 8 tat dies geheim, die AFO 5 durch eine offene Abstimmung, und in der AFO 3 war sowieso von vornherein klar, daß Franka Lindenau die „Geschäfte“ unter ihre Fittiche nehmen wird.

Wichtiger und heftiger umstritten als der „Wahlakt“ war die vorangegangene Debatte. Ohne Programm, wie es nun im Jugendverband weitergehen soll, ist schließlich jede Neuwahl



Diskussionsrunde der AFO 3. Es ging vor allem darum, wie diejenigen, die Lust auf FDJ haben, mehr aktiviert werden können.

nonsens. Aber – so hörte ich aus allen drei Gruppen – der Jugendverband soll weiterhin bestehen bleiben. Die jungen Leute wissen allerdings auch, daß das von ihren Ideen und Initiativen abhängig ist. Die kamen trotz Aushang und Aufforderung recht spärlich! Aber eine davon: Unsinnige Statistiken will man weglassen, dafür aber mehr zu

spontanen Aktionen übergehen. In der AFO 3 kam beispielsweise der Vorschlag, Info-Blätter herauszugeben, die an die Jugendlichen verteilt werden. Eine feine Sache, finde ich. Doch auch die muß erst ins Rollen gebracht werden, und zwar von den Jugendlichen selber!

Bettina Kremberg

Heiß her ging es in der AFO 8. Bei der Wahl eines neuen Sekretärs gab es ein Kopfan-Kopf-Rennen.



Weitere Diskussion angesagt



Sabrina Krohn, O-Bereich, wurde neue Sekretärin der AFO 8. Die Jugendredaktion gratuliert. Zum Ablauf der Wahlversammlung ein paar Fragen per Telefon an Sabrina:

Wie schätzt Du die Wahlversammlung insgesamt ein?

Sabrina: Schlecht. Sie nahm auf jeden Fall kein gutes Ende.

Warum?

Sabrina: Na, das Konzept unserer AFO wurde zur Hälfte umgeschmissen, denn viele Punkte nahmen unsere Jugendlichen nicht an. Außerdem ärgerte mich persönlich, daß von 60 AFO-8-Mitgliedern nur 28 erschienen waren. Viele davon spuckten erst große Töne von Erneuerung der FDJ und fehlten dann einfach. Das ist doch peinlich, oder?

Ebenso hat mir nicht behagt, daß die Diskussion – an der sich nebenbei gesagt, immer nur dieselben Leute beteiligten – so auswuchs, daß einer den anderen beschuldigte, beziehungsweise Matthias auch persönlich

angegriffen wurde. Das war nicht Sinn und Zweck, das bringt überhaupt nichts ...

Wie soll's denn bei euch und mit euch weitergehen?

Sabrina: Zwar wählten wir einen neuen AFO-Sekretär, die alte Leitung wird vorerst allerdings weiterhin arbeiten. Über sie wird erst am 21. November bei einer weiteren Diskussionsrunde entschieden.

Wie soll die neue AFO-Leitung aussehen?

Sabrina: Wir wollen sie auf das mindeste reduzieren. Davor müssen wir uns aber erst einmal im klaren darüber sein, was die FDJ für uns ist und werden soll.

Was sind deine persönlichen Vorschläge?

Sabrina: Ich bin für andere Organisationsformen, für mehr Selbständigkeit, eine Eigenfinanzierung beispielsweise durch Arbeitseinsätze. Regelungen müssen ebenfalls zum Konto junger Sozialisten gefunden werden. Aber dazu brauchen wir erst einmal eine völlig neue Linie. Wir werden sehen, was bei der nächsten Diskussionsrunde herauskommt.

Vielleicht ist die Jugendredaktion dabei. Doch vorerst Danke schön für das Gespräch.



Am Büffett.

Gruppe „Dreieck“ bot im Anschluß an die Wahlversammlungen „Tierisches“, kabarettistisch aufgemacht



Am 11. 11. im TRO-Klubhaus: InTROduction II – Karnevalauftakt



Die CCT-Minister Zacharias Zwischendenzeln (U. Berger), Karla Kies (G. Posny), Siegmund Schließzu (R. Piotrowski), Laura Lambada (A. Zeun) und CCT-Präsident Karl-Kuno Karneval (C. Pertek) (v. l. n. r.)

Faschingseinlage einmal anders: die „Kropis“ mit ihrer chaotischen „Sportstunde der Klasse 1a“



„Mein Alptraum war: es kommt J. R./ als Wirtschaftsexperte ins ZK. Doch Gott sieht alles – außer Dallas.“

Interview Wir stellen:

Zwei Fragen an Jörg Sadler, alter und neuer Sekretär der AFO 5.

1. War eure Wahlversammlung ein Schritt dahin, den Jugendverband mit einem neuen Antrieb zu versehen?

Jörg: Wie man's nimmt. Von insgesamt 35 jungen Leuten unserer AFO erklärten sich 15 in der „neuen FDJ“ zu tun. Zwar weniger Mitglieder, aber dafür effektiver, denke ich. Da bin ich doch zufrieden. Wichtig ist, daß wir etwas auf die Beine stellen demnächst, dann kommen bestimmt wieder mehr dazu.

2. Wie soll's nun weitergehen bei euch?

Jörg: Du mußt wissen, wir haben schon im voraus ein Programm für die nähere Zukunft aufgestellt und darüber in den Gruppen diskutiert. Die Ergebnisse und Vorschläge nahmen wir ins AFO-Programm auf. Weggelassen wurde jeglicher Schnickschnack, der bloß füllendes Beiwerk ist. Nach dem Motto: Wer mitarbeitet, kann auch mitfeten, soll's zukünftig bei uns laufen. Kein Administrieren, kein Gängeln, kein Zwang, kein Unterordnen, sondern selber kreativ werden, ist angesagt!

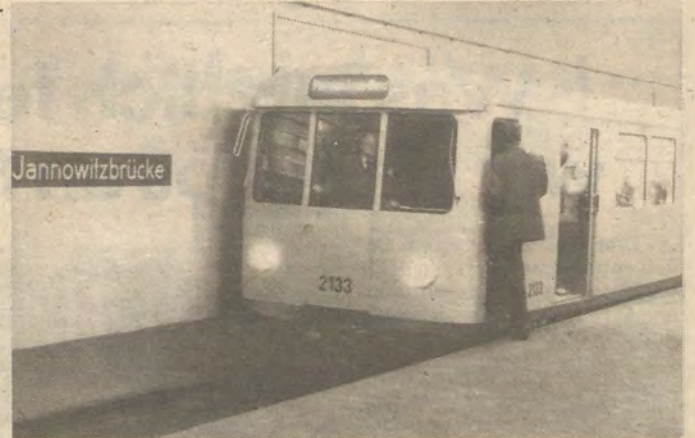
Neues von der Berliner U-Bahn



Der älteste Zug (Baureihe A1) auf der Hochbahnstrecke in der Schönhauser Allee



Jannowitzbrücke – nach 28 Jahren wieder U-Bahnhof mit schneller und freundlicher Grenzkontrolle auf dem Treppenabsatz.



Die Lichter gingen an. Auf der ehemaligen U-Bahn-Transitstrecke halten die Züge wieder.

Am 5. November 1989 waren drei Altbauzüge der Baureihen A1, A11 und A11U festlich geschmückt auf der Linie von Pankow nach Otto-Grotewohl-Straße. Über ein halbes Jahrhundert wurde mit solchen Zügen der Verkehr auf der ehemaligen A-Linie abgewickelt. Nachdem

das LEW Hennigsdorf ausreichend Triebwagen des modernen Typs G1/1 zur Verfügung stellte (der 100. Wagen fuhr ebenfalls geschmückt zum ersten Mal), wurden auch die letzten drei Züge, die bisher noch im Berufsverkehr eingesetzt waren, außer Dienst gestellt. Als Trost für alle Eisenbahnfreunde wurden dank

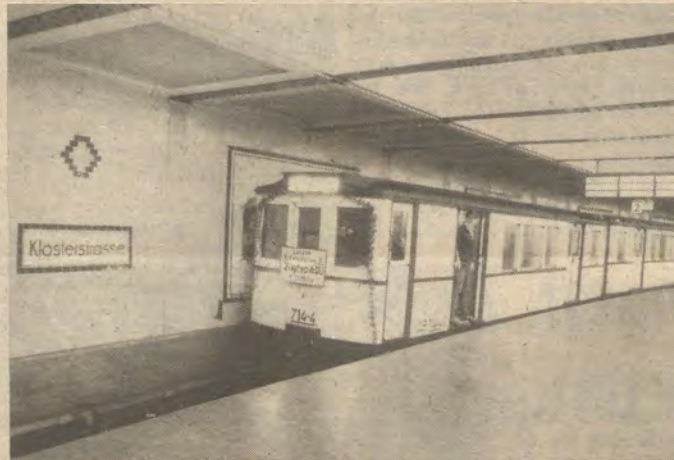
der Initiative der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft U-Bahn-Geschichte einige der Wagen in den Normalzustand zurückversetzt und für Sonderfahrten aufbewahrt.

Eine Woche später, am 11. November, wurde im Rahmen der neuen Reiserregulierung der an der Strecke Leinestraße-Paracelsus-

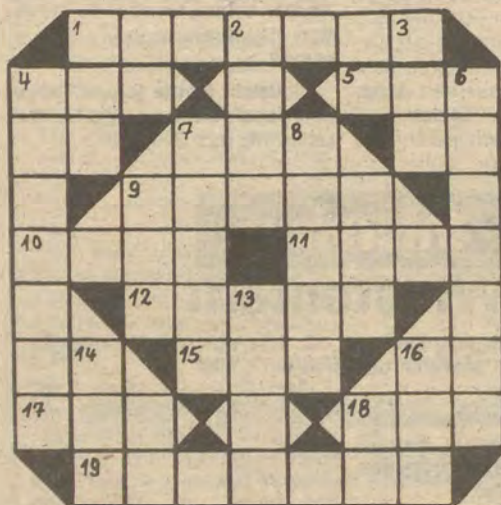
Bad der Westberliner BVG gelegene U-Bahnhof Jannowitzbrücke nach 28 Jahren wiedereröffnet. Viele Berliner und ihre Gäste nutzten diesen inmitten unserer Hauptstadt gelegenen Grenzübergang. Für Eisenbahnfreunde war es ja geradezu Pflicht, sich hier am ersten Tag einzureihen. Joachim Kaddatz, DMV



Der 100. neue Triebwagen auf der A-Linie am 5. November 1989 zum ersten Mal eingesetzt.



Triebwagen der Baureihe A11U zum letzten Mal auf der angestammten Strecke. Von Klosterstraße ging es über die Großprofilinie zum Bahnbetriebswerk in Friedrichsfelde.



In 6 geraten

Waagrecht: 1. Nebenfluß der Wisla, 4. Nebenfluß der Donau aus der Tatra, 5. Lebensgemeinschaft, 7. Meereshöhe, 9. Falkklotz, 10. engl. Schulstadt, 11. Knie- rock der Bergschotten, 12. französischer Maler des 19. Jahrhunderts, 15. Unterart des Steinbocks, 16. Kies-, Sandwall, 17. Vertiefung, 18. Abschiedswort, 19. Heilpflanze.

Senkrecht: 1. Arabisches Segelschiff, 2. Maler 1686–1739, 3. griechischer Buchstabe, 5. französ. Gebirge, 6. Ver- zückung, 7. Landschaft zwischen Donau, Theiß und Südkarpaten, 8. Bienenzüch- ter, 9. europäische Hauptstadt, 13. Gestalt aus „Tiefeland“, 14. Warenhaus in Moskau, 16. feierliches Gedicht, 18. Spielkarte.

Auflösung aus Nr. 46/89

Waagrecht: 1. Aura, 3. Gens, 6. Ingot, 8. Ode, 10. Ost, 12. Rosinante, 15. Mira- belle, 20. Uso, 21. Alm, 22. Mimik, 23. Maar, 24. Rebe.

Senkrecht: 1. Amor, 2. Ries, 3. Go, 4. Eton, 5. Sete, 7. Gin, 9. Dosis, 11. Stall, 13. Ida, 14. Are, 15. Mulm, 16. Roma, 17. Bem, 18. Lake, 19. Emme.

Herausgeber: Leitung der Betriebsparteioorganisation der SED im VEB Transformatorwerk „Karl Liebknecht“. Träger des Ordens „Banner der Arbeit“. Anschrift des Betriebes: Wilhelminenhofstraße 83–85, Berlin, 1160. Die Redaktion ist Träger der Artur-Becker-Medaille in Bronze und der Ehrennadel der DSF in Gold. Verantwortlicher Redakteur: Regina Seifert, Redakteur: Uwe Spacek, redaktionelle Mitarbeiter: Matthias Morche, Bettina Kremberg, Redaktionssekretärin: Ingrid Winter, Leiter der ehrenamtlichen Redaktionen: Sport: Genosse Detlef Lüdecke, Sportbeauftragter des Betriebsdirektors, Niederschönhausen: Genosse Mario Hammig, N,

Gewerkschaft: Genosse Günter Schulze, BGL, Neuerer/MMM: Kol- lege Wolfgang Bauroth, MMM-Beauftragter des Betriebsdirektors. Fotos: Redaktion, Olaf Bruhn, Archiv. Redaktion: Zimmer 244, Tel. 6 39 25 34 und 25 35.

Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 5012 B des Magistrats von Berlin, Hauptstadt der DDR. Satz und Druck: ND-Kombinat.

Redaktionsschluß für diese Ausgabe der Betriebszeitung war der 20. November 1989. Die nächste Ausgabe erscheint am 1. Dezember 1989.

SPORTLICHES



Rechnung ohne den Wirt gemacht

TSG-Hohenschönhausen 1:1

Die TROjaner wollten in diesem Heimspiel endlich wieder den Bock umstoßen und einen Sieg landen. Dies führte auch zu einigen Verkrampfungen in ihrer Spielweise. Es wurde zu umständlich gespielt, und das Spiel ohne Ball ließ noch zu wünschen übrig. Das Geschehen lief zwischen den Strafräumen, und es gab kaum torgefähliche Aktionen.

Dennoch kontrollierten wir dieses Treffen, wurden dann aber durch eine umstrittene Strafstoßentscheidung aus allen Träumen gerissen.

Das 0:1 setzte bei uns alle Kräfte frei, denn die Mannschaft spielte jetzt eindrucksvoller und erzielte deutliche Wirkungen beim Gegner.

Eine weitere krasse Fehlentscheidung des „Unparteiischen“. Er zeigte erneut auf den Punkt, hätte uns aussichtslos aus dem Rennen geworfen, wenn nicht Torsten Liedigk gewesen wäre. Er parierte großartig.

Dies gab den TROjanern neue Hoffnung. Andreas Gerlach war es, der die Ausgleichsbemühungen der TROjaner endlich belohnte und den Ausgleich erzielte.

Norbert Trieloff

Unsere Aufstellung: Liedigk, Lehmann, Trieloff, Zierus, Göllnitz, Sachs (46. Zithier), Lindner, Berthold Gerlach, Hennig, Thomsen